

Integrierte Kultur-Wirtschafts-Politik: vom Kopf auf die Füße gestellt

Ralf Ebert und Friedrich Gnad

Das Thema Kulturwirtschaft steht zurzeit landauf und landab hoch im Kurs. Das hat auch die Tagung »Herausforderung KULTURwirtschaft – KulturPOLITISCHE Antworten und Strategien« im November in Berlin gezeigt. Selbst der Bundestag hat kürzlich über diese Zukunftsbranche debattiert. Nach einer nahezu 20-jährigen Vorlaufzeit ist die Kulturwirtschaft bzw. deren Variante, die Kreativwirtschaft, auf den großen politischen Bühnen angekommen und das Jahr 2007 könnte man rückblickend fast schon als ein »Jahr der Kulturwirtschaft« bezeichnen. Ein Thema sind in diesem Zusammenhang seit Jahren integrierte Politikansätze, die sowohl kulturelle wie wirtschaftliche Aspekte berücksichtigen, ein Thema, das mit den ersten Kulturwirtschaftsberichten Ende der 80er Jahre in Deutschland für die Städte Bochum und Unna nahezu konstitutiv für das Politik- und Handlungsfeld der Kulturwirtschaft ist und das auch in vielen Kulturwirtschaftsberichten Bestandteil der Handlungsempfehlungen ist, u.a. im 2. Kulturwirtschaftsbericht Niedersachsen (Niedersächsisches Institut für Wirtschaftsforschung/STADTart 2002, 1ff).

Die Gründe für solche integrierenden Politikansätze liegen auf der Hand. So gibt es heute bei einer zunehmenden Vielfalt an kulturellen Angeboten in Deutschland eine neue, vermutlich auch sich weiter verändernde Arbeitsteilung im Kultursektor, also zwischen öffentlich geförderten und zivilgesellschaftlich organisierten sowie erwerbswirtschaftlich getragenen Kultureinrichtungen und -angeboten (Übersicht 1). Diese veränderte Arbeitsteilung ist keine Besonderheit des Kultursektors, sondern eine allgemeine gesellschaftliche Entwicklung und hat deshalb nicht nur Konsequenzen für die Kulturpolitik. Anstatt »government« geht es heute in nahezu allen Politikfeldern um »governance« bzw. rückt an

die Stelle des »welfare states« der Ansatz einer »mixed economy of welfare« (Evers 2006, 16). An dieser Neuausrichtung wird auch die seit kurzem wieder aufflammende Diskussion um die »Rückkehr des Staates« nichts grundsätzliches ändern.

Diese drei oder vier Säulen des Kultursektors, andere Sprechern von Sektoren, weisen bei zunehmender Komplexität des gesamten Kultursektors zahlreiche interdependente Beziehungen auf. Beispielsweise sind kulturelle Szenen auch Nach-

Überarbeitete Fassung eines Vortragsmanuskripts im Rahmen der Tagung »Herausforderung KULTURwirtschaft – KulturPOLITISCHE Antworten und Strategien« am 8. und 9. November 2007 in Berlin

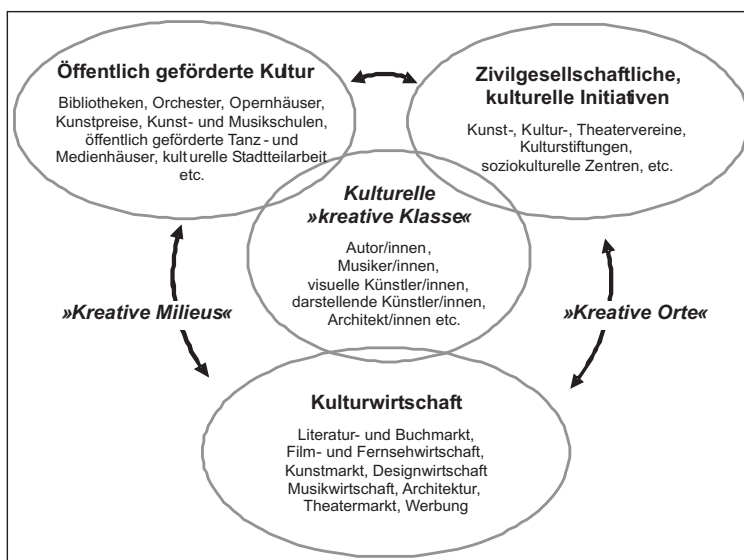


Abb. 1: Struktur des Kultursektors heute

Quelle: STADTart / Kunzmann / Dümcke 2006

fragemärkte der Kulturwirtschaft und bieten Selbstständigen bzw. Unternehmen der Kulturwirtschaft spezialisierte Dienstleistungen für die jeweils anderen Säulen des Kultursektors an (ausführlich 3. Kulturwirtschaftsbericht, Arbeitsgemeinschaft Kulturwirtschaft NRW 1998, 117–156). Wie empirische Studien zeigen, macht sich die zunehmende Bedeutung der Kulturwirtschaft seit Jahren auch auf der Nachfrageseite bemerkbar, für das Kulturpublikum zählt heute allein die Qualität des kulturellen Angebots und nicht der Status des Trägers.

Weitere Gründe für Politikansätze, die sowohl Kultur- wie Wirtschaftsförderung integrieren, bestehen in der Verantwortung der Politiker/innen ge-

Dipl.-Ing. Ralf Ebert ist Stadtplaner und Inhaber des Beratungsbüros STADTart, Dortmund.



Dr. Friedrich Gnad ist Stadtplaner und Inhaber des Beratungsbüros STADTart, Dortmund.



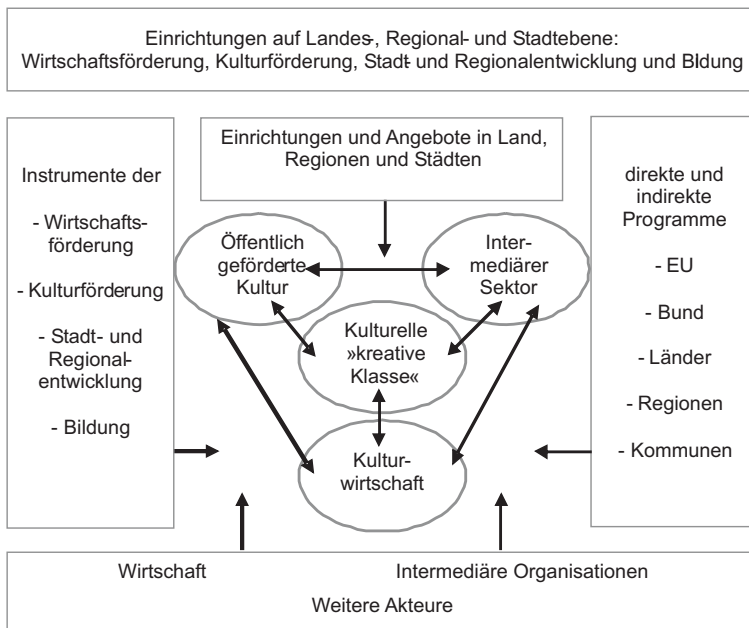


Abb. 2: Strukturmodell der Handlungsarena Kulturwirtschaft

Quelle: STADTart, Dortmund 2007

genüber den Bürger/innen hinsichtlich des adäquaten Einsatzes öffentlicher Mittel, und weil öffentlich geförderte und zivilgesellschaftlich getragene Kultureinrichtungen angesichts der Finanzsituation von Staat und Kommunen auf Kooperationen mit der Kulturwirtschaft angewiesen sind. Darüber hinaus zeigen zahlreiche Projekte im Kontext der Stadtentwicklungsplanung der letzten 20 Jahre, dass integrierende Politikansätze sinnvoll und machbar sind, beispielsweise bei der großflächigen Transformation innerstädtischer Brachen (z. B. dem MediaPark in Köln), bei Entwicklungskonzepten für großflächige Brachen im Bestand (u.a. dem Medienhafen Düsseldorf, dem Kreativkai Münster oder der Zeche Zollverein in Essen), im Rahmen des Quartiersmanagements (u.a. im Gebiet des Boxhagener Platzes in Berlin) oder bei der Umnutzung einzelner Gebäude (u.a. dem Künstlerhaus sowie dem »Depot« in Dortmund, dem Kulturbahnhof in Kassel). Hierzu zählen auch die temporäre Nutzung flächenintensiver Areale in Großstädten wie die des ehemaligen Kunstparks-Ost in München, des Güterbahnhofs in Basel oder des RAW-Tempels in Berlin.

Ein Blick hinter die Kulissen dieser Projekte und vielen anderen Initiativen zeigt jedoch, dass Politikansätze, die Kultur- und Wirtschaftsförderung integrieren wollen, weniger die in vielen Vorträgen, Studien und Reden geforderte Lösung als vielmehr ein Problem darstellen. Warum ist das so? Im Kontext der Systemtheorie handelt es sich bei der Kultur- und Wirtschaftsförderung jeweils um eigene Systeme, mit spezifischen Bezügen und Anforderungen. Damit sind Verständigungsschwierigkeiten verbunden, die eine integrierte Politik erschweren. Im De-

tail ist diese schwierig auf den Weg zu bringen bzw. umzusetzen, weil

- die Mitarbeiter/innen in den jeweiligen Ämtern nicht immer gewohnt sind bzw. sie nicht ermuntert werden, holistisch, also in ressortübergreifenden Zusammenhängen zu denken;
- nicht überall, wo »Kulturwirtschaft drauf« steht, wirklich »Kulturwirtschaft drin« ist, und nicht immer eindeutig zwischen wirtschaftlichen Effekten von Kultureinrichtungen bzw. deren Programmen und der Kulturwirtschaft als einer Wirtschaftsbranche unterschieden wird;
- die Kulturwirtschaft von vielen Akteuren aus dem Kulturbereich im Kontext einer falsch verstandenen »Ökonomisierung der Kultur« vielfach immer noch und bei einigen vermutlich sogar gegen jedes bessere Wissen grundsätzlich negativ angesehen wird;
- Kooperation aufgrund des steigenden Komplexitätsgrades und dem damit zunehmenden politischen wie administrativen Kommunikations- und Abstimmungsaufwand ohne Erfahrungen schwieriger ist als das eingetübte Konkurrenzverhalten;
- die einen oder anderen Mitarbeiter/innen und Dezenten Veränderungen ihrer Tätigkeiten oder auch Macht- und Arbeitsplatzverlust befürchten;
- manche Dezenten, unabhängig von der parteipolitischen Couleur, sich aus kommunalpolitischen oder persönlichen Gründen profilieren wollen und mancherorts Alleingänge starten oder auch den Stellenwert der Kulturwirtschaft nicht erkennen;
- für nicht wenige Wirtschaftsförderer der Kulturbereich immer noch überwiegend dem öffentlichen Sektor zuzuordnen ist oder die Wirtschaftsförderung zu wenig Verständnis für die Besonderheiten des überwiegend kleinteiligen und vielfach ganz anderen Mechanismen unterliegenden Kulturbereichs aufbringt (z.B. im Hinblick auf das vergleichsweise andere Profil von Standortfaktoren) und
- Wirtschafts- und Kulturförderung und andere Politikfelder wie beispielsweise die Bildungspolitik, die ein Faktor der Nachfragebildung für den Kultursektor einschließlich der Kulturwirtschaft darstellt, noch zu wenig raum- und standortbezogen denken.

Diese Hindernisse einer integrierten Kultur-Wirtschafts-Politik können bei entsprechenden Schritten ausgeräumt werden. Jedoch bedarf es dazu auch eines adäquaten Strukturmodells der Handlungsarena Kulturwirtschaft, das bei zunehmender Komplexität des gesamten Kultursektors, der Interdependenzen zwischen dessen Säulen und den Beziehungen zu anderen Politikfeldern weitere Aspekte berücksichtigt. Dazu zählen die unterschiedlichen

Handlungsebenen (EU, Bund, Länder, Regionen, Kommunen), die relevanten Politikfelder und deren vielfältige Instrumente, die Einrichtungen und ihre Angebote, die direkten und indirekten Programme sowie Einflüsse u.a. seitens der sonstigen Wirtschaft oder intermediärer Organisationen (Übersicht 2). Dabei zeigt sich allerdings schnell, dass die Formel »Kultur-Wirtschafts-Politik« zu kurz greift und eine integrierte Politik zumindest »Kultur-Wirtschafts-Stadtentwicklungs- und Bildungspolitik« umfassen müsste. Doch eigentlich spielen auch noch die Arbeitsmarktpolitik und die Integrations- und Wissenschaftspolitik eine Rolle.

Innerhalb dieser Handlungsarena müssen sich die unterschiedlichen Politikfelder allerdings auch zu einer kooperativen Arbeitsteilung bekennen. Diese könnte im Grundsatz wie folgt aussehen:

So sollte die Kulturpolitik und -förderung sich u.a. auf die Unterstützung vielfältiger »kultureller Szenen« konzentrieren (u.a. in Abstimmung mit den lokalen besucherorientierten Anbietern der Kultur- und Kreativwirtschaft wie z.B. privaten Theatern).

Die Wirtschaftsförderung hat Existenzgründungen und die weitere Professionalisierung vor allem der Mikrounternehmen zu ermöglichen. Ebenso sollte sie die Potenziale in den jeweiligen Städten vermarkten und Unternehmen der Kulturwirtschaft im Rahmen der Bestandspflege unterstützen (z.B. durch ein entsprechendes Immobilienmanagement).

Die Stadtentwicklungsplanung kann die Entwicklungsbedingungen im Kultursektor verbessern, u.a. durch Rahmenkonzepte in den räumlichen Schwerpunkten der Kultur- und Kreativwirtschaft einer Stadt, zum Beispiel durch Stärkung von Kultur- und Freizeitvierteln (Ebert/Siegmann 2004), durch attraktive Gestaltung des öffentlichen Raums im Umfeld von Kultureinrichtungen oder durch temporäre Nutzungsmöglichkeiten von Gebäudebrachen (zu flächendeckenden Konzepten zum Beispiel für Berlin siehe Ebert/Kunzmann 2008).

Als Aufgabe der Bildungspolitik empfiehlt sich in diesem Zusammenhang die kulturelle Interessenbildung bei Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen durch Programme und Initiativen. An kulturell relevanten Aus- und Weiterbildungseinrichtungen geht es dabei, wie vereinzelt schon praktiziert (z.B. mit dem Career&Transfer Center an der Universität der Künste in Berlin), auch um die Vermittlung ökonomischer Grundlagen in der Kulturwirtschaft.

Die Verständigung über die Arbeitsteilung der zu beteiligenden Politikfelder vorausgesetzt, bedarf es dann im nächsten Schritt einer auf die Füße gestellten multidimensional integrierten Kultur-Wirtschafts-Stadtentwicklungs- und Bildungspolitik. Ziel einer solchen Politik ist es, die Anschlussfähigkeit zwischen den relevanten Politikfeldern herzustellen und zu erhalten. Zugeschnitten auf die jeweiligen

Kernaufgaben der unterschiedlichen politischen Ebenen der EU, des Bundes, der Länder und Kommunen (Übersicht 3), könnte eine vertikal und horizontal integrierte Politik u.a. wie folgt umgesetzt werden:

Zu den ersten Schritten zählen vertrauensbildende Maßnahmen der Kommunikation und Abstimmung zwischen den für den gesamten Kultursektor bedeutsamen Politik- und Handlungsfeldern. Dies ist eigentlich eine Selbstverständlichkeit, doch bis heute bei Weitem nicht immer Praxis und kann im Rahmen von Arbeitskreisen, moderierten Workshops oder vereinbarten Kommunikations- und Abstimmungsregeln erfolgen.

Darauf aufbauend sind unter Beteiligung von Akteuren, die Offenheit und Verständnis für die jeweils anderen Politik- und Handlungsfelder mitbringen, Netzwerke aufzubauen und Personen zu identifizieren, die als »Netzwerkknoten«, als zentrale Ansprechpartner/innen und »Kümmerer« fungieren.

Hilfreich sind auch eine neue Generation an Kulturentwicklungsplänen im Rahmen der kürzlich verabschiedeten »Leipzig Charta« zur Zukunft von Stadtentwicklung und Städtebau, die den gesamten und nicht nur die öffentlich geförderten und zivilgesellschaftlich getragenen Säulen des Kultursektors abbilden (Ebert 2004), sowie integrierte regionale Strategien, wie dies beispielsweise auf der Basis des Clusteransatzes für Nordrhein-Westfalen vorgesehen ist (ausführlich 5. Kulturwirtschaftsbericht, Arbeitsgemeinschaft Kulturwirtschaft NRW 2007, 253-259).

Des Weiteren bedarf es des »Zuckerbrots« integrierter Programmstrukturen, wie beispielsweise mit dem Programm »Initiative ergreifen« des Landes NRW, das u.a. die integrierte kulturelle Umnutzung

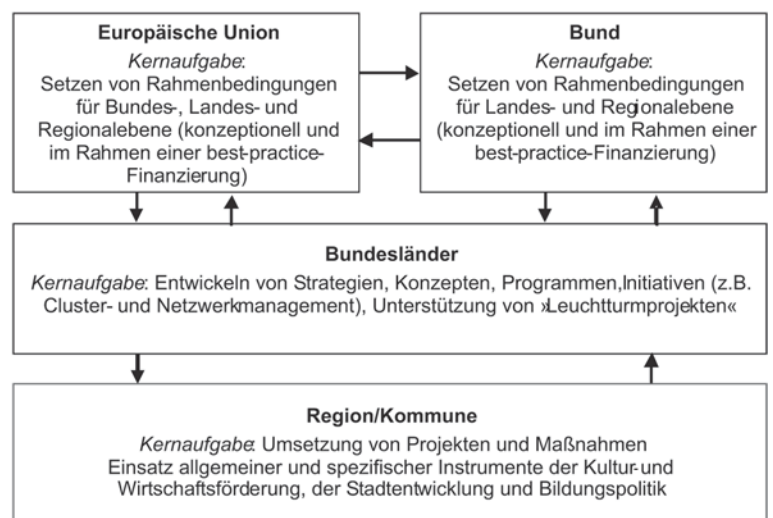


Abb 3: Integrierte Kultur-Wirtschaftspolitik im Kontext der Kernaufgaben der politischen Ebenen der EU, des Bundes, der Bundesländer und Städte/Regionen

Quelle: STADTart 2007

Literatur

- Arbeitsgemeinschaft Kulturwirtschaft NRW (1998): 3. Kulturwirtschaftsbericht Nordrhein-Westfalen. Kultur- und Kreativwirtschaft: Wettbewerb – Märkte – Innovationen. Ministerium für Wirtschaft, Mittelstand und Energie des Landes Nordrhein-Westfalen. Düsseldorf.
- Arbeitsgemeinschaft Kulturwirtschaft NRW (2007): 5. Kulturwirtschaftsbericht Nordrhein-Westfalen. Kulturwirtschaft in Nordrhein-Westfalen: Kultureller Arbeitsmarkt und Verflechtungen. Ministerium für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie des Landes Nordrhein-Westfalen. Düsseldorf.
- Boll, Joachim; Achim Dahlheimer; Daniela Walter (Hg.) (2004): Bürger machen Stadt – Zivilgesellschaftliches Engagement in der Stadterneuerung – Ein Projektbuch. startklar.projekt.kommunikation in Zusammenarbeit mit dem Ministerium für Städtebau und Wohnen, Kultur und Sport (MSWKS) des Landes Nordrhein-Westfalen. Dortmund.
- Ebert, Ralf; Jörg Siegmann (2004): Strukturwandel durch die Kultur- und Freizeitwirtschaft in NRW. In: Flagge, Ingeborg; Pesch, Franz (Hg.): Stadt und Wirtschaft. Düsseldorf. 133-141.
- Ebert, Ralf (2004): Innenstadtentwicklung durch Freizeit und Kultur – Ein Plädoyer für neue Freizeit- und Kulturlandentwicklungskonzepte. In: RaumPlanung 113 – Schwerpunkt: Handel und Stadt. Dortmund. 91-95.
- Ebert, Ralf; Klaus R. Kunzmann (erscheint demnächst): Kulturwirtschaft, kreative Räume und Stadtentwicklung in Berlin. In: DISP (Hg.): Netzwerk, Stadt und Landschaft. ETH Zürich.
- Evers, Adalbert (2004): Staat und Zivilgesellschaft im Kontext neuer Formen des Regierens und Verwaltens. In: Boll, Joachim; Achim Dahlheimer; Daniela Walter (Hg.) (2004): Bürger machen Stadt – Zivilgesellschaftliches Engagement in der Stadterneuerung – Ein Projektbuch. startklar.projekt.kommunikation in Zusammenarbeit mit dem Ministerium für Städtebau und Wohnen, Kultur und Sport (MSWKS) des Landes Nordrhein-Westfalen. Dortmund. 13-18.
- Niedersächsisches Institut für Wirtschaftsforschung (NIW); STADTart (2002): Kulturwirtschaft in Niedersachsen – Quantitativer Befund und Schlussfolgerungen für die wirtschaftspolitische Diskussion. Niedersächsisches Ministerium für Wirtschaft, Technologie und Verkehr. Hannover.

von Gebäuden durch zivilgesellschaftliche kulturelle Initiativen und die Kulturwirtschaft finanziell unterstützt (Boll et. al. 2004). In diese Richtung zielen der Wettbewerb »Create.NRW«, der auf die Stärkung von Kooperationen, Netzwerken und Clustern in der Kulturwirtschaft des Landes Nordrhein-Westfalen setzt, oder auch die vor einigen Wochen verabschiedete Entschließung des Kulturministeriums zu einer »Europäischen Kulturagenda«.

Die Hinweise zeigen, dass trotz der seit Jahren vielfach eingeforderten Integration der Politikfelder im Kultursektor deren Konzeption und erfolgreiche Umsetzung noch in den Anfängen steckt. Eine Kultur-Wirtschafts-Politik ist nur ein erster Schritt, dem die Integration weiterer Politikfelder in vertikaler wie horizontaler Richtung folgen muss. Dieser Prozess ist mehr als die Addition von Politikfeldern bzw. deren Instrumenten und erfordert ohne eine von manchen befürchtete Unterordnung des eigenen Politikfeldes unter das vermeintliche »Diktat« der Wertschöpfungsketten in der Kulturwirtschaft bzw. den »Terror der Kulturwirtschaft« von allen Beteiligten nicht nur in rhetorischer Hinsicht, sondern grundsätzlich mehr vernetztes Denken und Handeln bei Projekten, Konzepten, Initiativen und Strategien.

Create NRW – Ein neues Förderprogramm für die Kulturwirtschaft

Mit Create NRW wird zum ersten Mal in Nordrhein Westfalen ein spezielles Förderprogramm für die Kultur- und Kreativwirtschaft im Rahmen des EU-NRW-Programms »Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung 2007–2013« aufgelegt, das vom Ministerium für Wirtschaft, Mittelstand und Energie des Landes NRW durchgeführt wird. »Der Wettbewerb richtet sich an Akteure und Unternehmen der Musikwirtschaft, der Verlage, des Buchhandels, des Kunstmarkts, des Theatermarkts, der Film- und Fernsehwirtschaft, Designwirtschaft, Modewirtschaft, Werbewirtschaft, Software- und Spieleindustrie und der Architektur.« Er soll die fortschrittlichen und kreativen Ressourcen der Kulturwirtschaft stärken, um sie für die wirtschaftliche Entwicklung des Landes nutzen zu können. Die Landesregierung geht damit einen für Bereiche der Kultur wichtigen Schritt, in dem sie die wesentlich besser dotierten Programme der Wirtschaftsförderung für Bereiche der Kultur- und Kreativwirtschaft öffnet.

In der Beschreibung der Ausgangslage für den Wettbewerb wird die Kultur- und Kreativwirtschaft wie folgt beschrieben: »Die Kultur- und Kreativwirtschaft gehört zu den innovativen Wirtschaftsbereichen in Nordrhein-Westfalen. Allein im engeren Bereich der Kulturwirtschaft arbeiten rund 33.000 Selbstständige und Unternehmen, die Umsätze in Höhe von 20,7 Mrd. Euro (2005) erwirtschaften. Während traditionelle Industriezweige tendenziell zurückgehen, entstehen in diesen überwiegend kleinteilig strukturierten, zur Clusterbildung neigenden Wirtschaftsbereichen zahlreiche neue Unternehmen und Arbeitsplätze.«

Mit »kleinteilig strukturiert« kann man den Umstand beschreiben, dass ca 90% der Unternehmen im Bereich Kultur- und Kreativwirtschaft Solounternehmer oder Kleinstunternehmen sind. Betrachtet man unter diesem Aspekt die Ausgestaltung des Wettbewerbs stellt sich die Frage, ob die Mehrheit der in der Kultur- und Kreativwirtschaft tätigen Selbstständigen und Kleinstunternehmen die Voraussetzung für die Teilnahme an dem Wettbewerb erfüllen können.

Hinzu kommt, dass mindestens 20 Prozent der Projektmittel Eigenleistungen sein müssen, wovon maximal die Hälfte über Dritt-

mittel (z.B. Sponsoren) finanziert werden darf. In einer Pressemitteilung vom 13. August 2007 schreibt das Ministerium, dass für Create NRW ein Förderprogramm für die Chemieindustrie im Zeitraum 2007 bis 2013 insgesamt 300 Mill. Euro zur Verfügung stehen. Hier wird annähernd deutlich, in welchem finanziellen Rahmen sich die Projekte bewegen müssen, wenn sie Aussicht auf Erfolg haben wollen. Die Förderung wird dann im Wege der Kostenerstattung erfolgen, was von den beteiligten Unternehmen ein entsprechendes Finanzpolster verlangt. Auch hier stellt sich die Frage, welche Zielgruppe das Ministerium im Auge hat, wenn es in einer Einführung zu dem Wettbewerb als eine der Schwächen der Unternehmen in der Kultur- und Kreativwirtschaft geringes Kapital und geringe Markt- und Management-Kenntnisse beschreibt. So gehören denn zu dem Kreis der Teilnahmeberechtigten neben kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) der Kultur- und Kreativwirtschaft und freien Berufe auch sonstige Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft, sowie Einrichtungen der wissenschaftlichen und technologischen Infrastruktur, Gemeinschaftseinrichtungen der Wirtschaft und der Arbeitnehmer, Universitäten, Forschungsinstitute und Ingenieurbüros, wenn diese das Projekt gemeinschaftlich mit Unternehmen umsetzen und die Projektergebnisse in NRW verwerten. In diesem Umfeld werden die eigentlichen Akteure der Kultur- und Kreativwirtschaft einen sehr schweren Stand haben.

Die Entwicklung des Wettbewerbs Create NRW sollte entsprechend kritisch verfolgt werden. Und: Für die 2. Ausschreibungsrunde 2009 sollte ein Bereich geschaffen werden, der besser auf die Situation der meisten Akteure in der Kultur- und Kreativwirtschaft zugeschnitten ist, wie sie ja vom Ministerium richtig beschrieben wurden – kleinteilig strukturiert und mit geringem Kapital ausgestattet.

Hans Joachim Nölle

Der Aufruf zu Create NRW sowie weitere Informationen zur Kultur- und Kreativwirtschaft in NRW aus Sicht der Landesregierung erhält man unter: www.ziel2-nrw.de sowie www.kreativwirtschaft.nrw.de